

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 41 (1962)
Heft: 12

Artikel: Die Wissenschaft gehört dem ganzen Volk
Autor: Giovanoli, R.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-337379>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Großraum gehemmt. Die Selbstverwaltung in der Wirtschaft ist um so realisierbarer, als die anhebende Bildungsrevolution ihren Rhythmus beschleunigt.

Der Weg zur sozialistischen Demokratie ist lang und beschwerlich. Auf ihm zu bleiben und ihn mit Hartnäckigkeit, Geduld und Zielbewußtsein zu verfolgen, dazu verhilft nicht wenig die Beflügelung durch jene große Utopie, die Jean-Jacques Rousseau mit seinen erhabenen Gedanken über die Freiheit des Menschen und die Souveränität des Volkes entwickelt hat. So wird die sozialistische Bewegung, um mit einem Wort von Karl Marx zu sprechen, zeigen, daß es sich bei ihrem Wirken «nicht um einen großen Gedankenstrich zwischen Vergangenheit und Zukunft handelt, sondern um die Vollziehung der Gedanken der Vergangenheit».

R. GIOVANOLI

Die Wissenschaft gehört dem ganzen Volk

Vor einiger Zeit hat Richard Schwertfeger die Verhältnisse an den schweizerischen Hochschulen vom Standpunkt des Nationalökonomens aus beleuchtet¹. Er stellt eine ausgesprochene Stagnierung im Hochschulwesen fest, welche er auf die unzulängliche Planung zurückzuführen weiß. Er faßt zusammen, daß ein Zustand erreicht ist, der unbedingt einer Reorganisation ruft, wenn der Apparat der schweizerischen Wissenschaft nicht hoffnungslos ins Hintertreffen geraten will. In einer ergänzenden Notiz konnten wir das von Richard Schwertfeger gezeichnete Bild aus der Sicht, wie sie ein naturwissenschaftliches Institut bietet, bestätigen. Es blieb bloß übrig, darauf hinzuweisen, daß ein brennender Mangel an Naturwissenschaftlern — im Gegensatz zu einer weitverbreiteten, irrigen Meinung — noch nicht besteht. Wenn nun auch vorderhand kein materieller Zwang besteht, mehr Spezialisten der naturwissenschaftlichen Richtung auszubilden, so hat die aufgeworfene Frage aber noch einen anderen Aspekt: Die Universitäten haben unseres Erachtens nicht nur die eine Aufgabe, Spezialisten und Forschungsergebnisse für die Industrie zu produzieren; vielmehr sollen sie in erster Linie im Dienste der Gesellschaft als Ganzes stehen. Die Wissenschaft gehört dem ganzen Volk, nicht nur den Besitzern der Produktionsmittel. Im folgenden möchten wir die Verhältnisse in der Schweiz diesbezüglich einer näheren Prüfung unterziehen.

¹ Rote Revue 40, 205 (1961).

² Die schweizerischen Studierenden an der Universität Bern. Berner Beiträge zur Soziologie, Band 4. Paul Haupt Bern 1960.

Die Hochschulbildung ist ein Klassenprivileg

Die Zusammensetzung der Studierenden, nach soziologischen Gesichtspunkten klassiert, belegt nicht nur den noch heute bestehenden Klassencharakter der Gesellschaft². Die höhere Bildung ist in der Schweiz ein ausgesprochenes Klassenprivileg der Besitzenden geblieben; daran können auch die unzähligen Stipendienkassen nichts ändern. Ein Unbemittelter ist zwar nicht theoretisch, wohl aber in der Praxis vom Hochschulstudium ausgeschlossen, falls er sich nicht den erniedrigenden Prozeduren der Almosenwirtschaft unterzieht. Wohl kann er sich die Mittel durch Zusatz- und Nebenverdienst erarbeiten; doch sind nur wenige in der Lage, diese doppelte Belastung durchzuhalten. Zudem beginnt der kostspielige Ausbildungsgang ja bereits an der Mittelschule, also in einem Zeitpunkt, da ein einträglicher Nebenverdienst meist noch nicht in Frage kommt. Die Stipendienfrage ist zurzeit in einem Sinne geregelt, daß sie für den Stipendiaten einen dauernden Makel darstellt, dem jedermann nach Möglichkeit ausweicht. Dieser Zustand ist längst bekannt, und es liegt seit Jahren ein ausgezeichnete Entwurf zu einer Neuordnung des Stipendienwesens vor, der vom sozialistischen Flügel des Verbandes Schweizerischen Studentenschaften ausgearbeitet wurde. Der Vorschlag ist jedoch liegengeblieben, weil er von den reaktionären Vertretern der Studentenschaften (besonders in Freiburg und St. Gallen) natürlich scharf bekämpft wird. Da dieser Plan einen Einbruch in ein bisher sorgsam gepflegtes Klassenprivileg bringen würde, besteht keine Hoffnung auf baldige Realisierung.

Dabei ist es klar, daß ein Stipendium um keinen Preis den bisherigen Beigeschmack behalten darf. Vielmehr ist danach zu trachten, daß es zu einer Auszeichnung erhoben wird, der sich würdig zu erweisen ein erstrebenswertes Ziel ist. In diesem Sinne werden Stipendien und Studienunterstützungen in Großbritannien schon seit längerer Zeit gehandhabt, und zwar mit bestem Erfolg. In der Schweiz darf man allerdings die Erwartungen nicht zu hoch spannen, solange sich kein Durchbruch zur sozialistischen Gesellschaftsordnung anbahnt. Erst in einer solchen könnte ja ein «Recht auf Bildung» verfassungsmäßig verbrieft werden. Dieses Recht ist der entscheidende Punkt, den es zu erreichen gilt: Die Quote der Studierenden darf nicht aus Rücksichten auf Industrieinteressen erhöht oder gesenkt werden, sondern ein jeder soll nach seinem Interesse und seinen Fähigkeiten diejenige Ausbildung ergreifen können, die ihm zusagt. Darin ist der Abschnitt über Kulturpolitik im Programm der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz eindeutig: «Der Sozialismus will, daß jedermann an den kulturellen Werten Anteil nehmen kann, und daß das Heranwachsen geistig selbständiger, schöpferisch tätiger Menschen nach Kräften gefördert werde.» Ferner: «Der angemessenen Schulung und Weiterbildung dürfen keine finanziellen Hemmnisse entgegenstehen.» — «Der Besuch der öffentlichen Berufs-, Mittel- und Hochschulen soll

unentgeltlich sein und durch ausreichende finanzielle Beiträge ermöglicht werden.» Und schließlich: «Der Grundsatz, daß jedem Jugendlichen ermöglicht wird, sich seinen Fähigkeiten entsprechend auszubilden, ist verfassungsrechtlich zu verankern.» Wesentlich ist dabei nicht nur das grundsätzliche Anrecht eines jeden auf unentgeltliche Ausbildung, sondern auch die Forderung, daß durch Beiträge der öffentlichen Hand die Existenz für die Dauer dieser Ausbildung überhaupt ermöglicht wird. Das Parteiprogramm der KPdSU verlangt dasselbe in einem weiteren Rahmen, indem «die maximale Beschleunigung des wissenschaftlichen und technischen Fortschritts» ausdrücklich als im Interesse des Volkes (nicht nur der Volkswirtschaft!) bezeichnet wird. Zur Erreichung dieses Zieles «wird das Hoch- und Fachschulwesen weiterentwickelt, um hochqualifizierte Fachleute heranzubilden, die über einen weiten theoretischen und politischen Gesichtskreis verfügen».

Wissenschaft in der Isolierung

Die fast vollkommene Abtrennung der Wissenschaft, ihrer Arbeit, Installationen und oft auch ihrer Ergebnisse erhebt die an den Universitäten Beschäftigten zu einer Gruppe von Bevorzugten und verwehrt dem Laienpublikum jeden Einblick in die aktuelle Forschung. Da die Wissenschaftler in der Schweiz häufig die Interessen der besitzenden Klasse vertreten, sind sie weitgehend abgeneigt oder nicht in der Lage, Brücken zum Laienpublikum zu schlagen. Trotzdem der Universitäts-Wissenschaftler von der besitzenden Klasse (wie weiter unten zu zeigen ist) nicht mit der ihm zukommenden sozialen Stellung bedacht wird, lehnt er es oft ab, die Interessen des breiten Volkes wahrzunehmen und sich zu eigen zu machen. Er stellt sich außerhalb der Gesellschaft, oder wie er das nennt: «auf den Boden der reinen Wissenschaft», in der Annahme, außer den Fachkreisen gehe diese niemanden etwas an.

Zur Abhilfe versucht man sporadisch, einzelne Wissenschaftler vor Radio und Fernsehen zu schleppen, und beträufelt die Bevölkerung im übrigen mit einer Flut pseudowissenschaftlicher Veröffentlichungen in der Presse. Es ist kein Wunder, daß unter diesen Bedingungen weite Kreise der Bevölkerung nur die Bedrohung und Gefahren sehen, die ihnen aus den Ergebnissen der modernen Forschung erwachsen; der Wissenschaft stehen sie mißtrauisch oder zumindest verständnislos gegenüber. Das Beispiel der «HYSPA» spricht für sich.

Es kommt dazu, daß die bürgerliche Tendenz, den technischen Fortschritt als etwas sittlich Zweifelhafes, ja Dämonisches anzuschwärzen, mit allen Mitteln in die Tat umgesetzt wird. Wo immer die bürgerliche Klasse in der Handhabung der Technik versagt, ist der Sündenbock rasch zur Stelle. Es ist bemerkenswert, wie hilflos hier diese Philosophie dasteht, die ja sonst recht viel von dem «Primat des Geistes» hält.

Es muß eine Brücke geschlagen werden

Eigentlich müßte es selbstverständlich sein, daß die Wissenschaft in den Dienst der Gesellschaft gestellt ist und nicht nur Klasseninteressen befriedigt. Vielleicht ist dennoch nützlich, auch hierzu das Programm der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz in Erinnerung zu rufen. Es fordert «eine Erwachsenenbildung, welche die persönliche Selbständigkeit fördert und zu sinnvoller Gestaltung der Freizeit anregt». Außerdem sollen die kulturellen Einrichtungen «als unentbehrliche Zentren der Wissensvermittlung und der geistigen Anregung allen zugänglich sein». Analog äußert sich das Programm der KPdSU, das die «Einrichtung eines großen Netzes allgemein zugänglicher wissenschaftlicher und technischer Laboratorien» verlangt, «in denen sich alle betätigen können, die dazu Neigung und Anlage haben».

Wir kennen da genügend Vorbilder mit langjähriger Erfahrung: Die einschlägigen öffentlichen Museen in London, in denen der Eintritt zu Sammlungen, Bibliotheken, Vorträgen und Demonstrationen vollkommen gratis ist, bilden eine hochwertige Brücke zwischen Volk und Wissenschaft. Es mögen in London gegen ein Dutzend Vorträge wöchentlich sein, die den Laien mit den neuesten Ergebnissen und Problemen auf den Gebieten der Natur- und Geisteswissenschaften vertraut machen. Wir haben uns selber davon überzeugt, welch hohes Niveau die dargebotenen Vorträge besitzen, ohne deswegen an Leichtverständlichkeit einzubüßen. Britische Familiarität macht es leicht, zum Schlusse in allgemeiner Diskussion ungezwungen Meinung und Gegenmeinung auszutauschen. Die Zeitspanne zwischen Publikation neuer Forschungsergebnisse und Weitergabe ans Publikum ist übrigens bemerkenswert kurz, so daß das Gebotene stets den letzten Stand der Dinge wiedergibt.

Nach solchen Vorbildern muß auch bei uns vorgegangen werden. Bestehende Institutionen, wie zum Beispiel das Naturhistorische Museum in Bern, sind in dieser Richtung auszubauen, um als Zentren einer systematischen, geduldigen und ausdauernden Volksbildung dienen zu können. Die Vorträge und Demonstrationen müssen allerdings von Spezialisten der sachlich einwandfreien Popularisierung geleitet werden. Der Spitzenforscher ist in der Regel ja weder zeitlich noch materiell in der Lage, seine Fachsprache nutzbringend auf eine allgemeinverständliche Basis umzudenken. Entscheidend ist bei solchen Institutionen, daß sie vollständig gratis sind und die Neugier des Publikums zu erregen wissen. Es muß dies mit der Zeit soweit getrieben werden, daß man sich an langweiligen Abenden nicht mehr fragt: «Was läuft in den Kinos?», sondern automatisch nach dem Wochenprogramm des Naturhistorischen Museums greift. Das Stoffgebiet darf im übrigen nicht auf die technischen Wissenschaften beschränkt bleiben, sondern soll auch den Wert des geistigen Überbaus vermehrt in Erinnerung rufen.

Öffnet die Institute

Neben diesen allgemeinen Orientierungsmöglichkeiten für die Bevölkerung, welche das Interesse des Laien für Forschung und Wissenschaft fördern und pflegen sollen, müssen auch einzelne Stätten der Forschung selber dem Volk geöffnet werden. Soweit die apparativen Einrichtungen von Interesse sind, müssen für die einzelnen Institute Besuchstage (zum Beispiel ein Nachmittag pro Woche oder pro Monat) eingeführt werden. An den Besuchstagen werden Führungen und Erläuterungen über Apparate, Arbeitsweise und Anwendungsmöglichkeiten geboten. Dadurch wird die Bevölkerung darüber ins Bild gesetzt, was mit den Riesensummen geschieht, die die Forschung dauernd verschlingt. Sie muß wissen, was die von ihr bezahlten Apparate leisten und daß man sie zum Wohl der Gesamtheit verwendet, auch wenn der Nutzen sich nicht unmittelbar in Franken und Rappen auszahlt. Ohne Zweifel wird dies alles Geld kosten. Wenn man sich aber vergegenwärtigt, welche Summen als Subventionen für sogenannte antikommunistische Propaganda verschleudert werden (die in Wirklichkeit eine verkappte antisozialistische Propaganda ist), so darf man sich mit Fug überlegen, ob diese Mittel nicht klüger in unserem Sinne eingesetzt würden.

Der Arbeit ihr Recht, auch an den Universitäten

Es ist eine alte Tatsache, daß in der Industrie angestellte Wissenschaftler ungleich besser besoldet sind als Universitätsassistenten und Privatdozenten, obgleich die Arbeitsergebnisse der letzten beiden nicht in Industriearchiven begraben werden. In extremen Fällen kann die Entlohnung an einer Hochschule durch einen Firmenlohn um ein Mehrfaches übertroffen werden! Dabei bilden Assistenten und Privatdozenten nicht nur zu einem schönen Teil den Nachwuchs aus, sondern sind daneben gleichzeitig die eigentlichen Hilfsarbeiter der Forschung. Darüber hinaus sind sie aber oft dankbar, Industrieaufträge bearbeiten zu können, um sich durch diesen Nebenverdienst auf das finanzielle Niveau wenigstens eines Mittelschullehrers zu heben. Wie sehr diese Nebenbeschäftigung die Hauptarbeit belastet, braucht wohl nicht betont zu werden. Besonders schlecht gestellt sind natürlich die Angehörigen der geisteswissenschaftlichen Fakultäten, da sie ja im Sinne des Kapitals nichts produzieren.

Wie sind diese unhaltbaren Zustände zu beheben? Es ließe sich etwa an die Verstaatlichung der Großindustrie denken, damit so zwischen den Löhnen der Industrie- und Hochschulforscher eine angemessene Angleichung vorgenommen werden könnte. Mit dieser Lösung ist in nächster Zeit nicht zu rechnen. Als Ersatz könnte beispielsweise eine direkte Bundessteuer auf jenen Industrien erhoben werden, die außergewöhnlich stark von den Hochschulen

profitieren; wir denken dabei an eine Art «Bundessteuer für Forschung und Wissenschaft». Aus den so beschafften Mitteln könnte mit Leichtigkeit über Zuwendungen an die Universitätskantone eine erheblich höhere Besoldung an Privatdozenten und Assistenten ausgerichtet werden, dergestalt, daß sich ein Wissenschaftler ohne soziale Diskriminierung auch an der Universität eine Existenz aufbauen kann.

Studenten wollen nicht auf Bäumen wohnen

Nicht nur die Besoldungsfrage ist noch immer ungelöst, auch das bestehende Angebot an Zimmern und Wohnungen für Studierende ist vollkommen lachhaft. Zwar bestehen Vermittlungsstellen; doch angesichts der allgemeinen Wohnungsnot gibt es kaum sehr viel zu vermitteln. Besonders für verheiratete Studenten oder jüngere Assistenten sind die erhältlichen Quartiere entweder ungenügend oder unerschwinglich. Es wird wohl nicht zu umgehen sein, das vollständige Versagen der einschlägigen Institutionen durch staatliche Zwangsmaßnahmen wiedergutzumachen. Ob allerdings die Ohnmacht der Behörden gegenüber der Spekulation mit dem Wohnraum in absehbarer Zeit gemindert wird, dürfte in der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung fraglich sein.

Kulturpolitik geht vor Konsumpropaganda

Aus den dargelegten Mängeln im Hochschulwesen geht ohne Zweifel hervor, daß die Universitäten im Rahmen der kantonalen und eidgenössischen Planung — soweit von einer solchen bisher überhaupt die Rede sein konnte! — nur einen drittrangigen Platz einnehmen. Landbeschaffung für Institutsbauten stößt nur zu oft auf das Hindernis der Bodenspekulation. Es müßte selbstverständlich sein, daß der Staat zugunsten der Hochschulen gegenüber den Profitinteressen unbeschränkte Machtmittel anwenden kann, vorausgesetzt, daß das Tor zur Universität allen Fähigen offensteht. Land soll zwangseignet werden können, bestehende Bauten beschlagnahmt, ohne daß die öffentliche Hand mit Zinsen ungebührliche Opfer bringen muß. Mit der Eröffnung einer «Ära Tschudi» dürfen wir für die Zukunft manches erwarten; und wir könnten dies um so freudiger, wenn nicht in der Bundesversammlung (und besonders im Ständerat) eine bürgerliche Mehrheit den Fortschritt blockieren würde.

In den letzten Jahren hat die Konsumpropaganda seltsame Blüten getrieben. Damit man dem Ostblock um jeden Preis eine höhere Zuwachsrates in der Produktion der Konsumgüter vorweisen könne, wurde der Massenkonsum verhältnismäßig wertloser Verbrauchsartikel gewaltsam gesteigert. Das Automobil muß aus modischen Gründen alle paar Jahre gewechselt werden, obwohl der technische Zustand eine Weiterverwendung gestatten würde.

Der solide Nylonstrumpf der Nachkriegsjahre ist einem sogenannten «Wegwerfstrumpf» gewichen, den früher kein Kaufmann einer Kundin hätte anbieten dürfen, kurz: Ein Konsum wird dort künstlich erzeugt, wo ein Bedarf eigentlich gar nicht besteht. Es ist nun aber nicht einzusehen, warum die durch Arbeitszeitverkürzung und bessere Entlohnung breiten Schichten zuteilgewordene Kaufkraft unbedingt dem «Konsum um des Konsums willen» geopfert werden muß. Ebenso gut könnten die freigewordenen Kräfte in den Dienst einer Kulturpolitik gestellt werden, die sich mehr um Wissen, Lernen und Bildung bemüht als um Fernsehunterhaltung, Transistorradios, seichte Filme und dreijährlich gewechselte Automobile. Die sich ständig vergrößernde Diskrepanz zwischen technischem und geistig-sittlichem Fortschritt wird zwar viel bejammert, aber selten von dieser Richtung her bekämpft.

ROLF REVENTLOW

Die deutsche Regierungskrise und die Sozialdemokratie

Die durch die «Spiegel»-Affäre ausgelöste Regierungskrise in der Bundesrepublik war und blieb bis zum Schluß eine Krise persönlicher Beziehungen zwischen den beteiligten Ministern, eine Krise der Machtpositionen in der Regierung eher denn etwa der Widerstreit politischer Stellungnahmen. Daher konnte sie auch keine eigentliche politische Lösung finden. Der wortgewandte und, bei Bedarf, auch lautstarke Verteidigungsminister Franz Joseph Strauß mußte weichen, der Bundeskanzler Adenauer blieb. Er sagte nun zwar zu, im nächsten Jahr zurückzutreten, um einem Nachfolger die Möglichkeit zu geben, sich, wie man so schön sagt, «einzuarbeiten». Man könnte auch zutreffender sagen, um die nächsten Bundestagswahlen 1965 vorzubereiten. Die beiden christdemokratischen Parteien, im Bundestag in einer Fraktion zusammengefaßt, verfügen immer noch über die stärkste Position im Bundesparlament, und niemand kann ernstlich in Frage stellen, daß der Nachfolger Adenauers eben auch ein Christdemokrat sein wird.

Es geht also bei der Frage nach dem nächsten Regierungschef ausgesprochen um eine «Nachfolge»frage, eine durch die lange Amtszeit Konrad Adenauers beinahe dynastisch wirkende Angelegenheit. Man hat sich dabei die christdemokratischen Parteien sozusagen als die regierende Familie vorzustellen. Sie fühlt sich auch als solche. Auch bei der auf etwas absonderlichen Wegen begonnenen Annäherung an die Sozialdemokraten schwang der Ton mit, «unseren Alten dürft Ihr natürlich nicht in Frage stellen».